

Volks-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Volks-Zeitung“ erscheint an jedem Montagvormittag. Der monatliche Abonnementspreis beträgt unter Posten, Postgebühren ohne Belegkarte 1.40 Goldmark, durch die Post 1.55 Goldmark und 40 Centpostfrei Zustellgebühr. Einmalige Anzeigenannahme: jeden Morgen vormittags.

Die Hauptredaktion nach Leipzig befindet sich in der 2. Etage des Leipziger Hofes. Druck- und Verlagsanstalt: „Volks-Zeitung“ Leipzig. Druck- und Verlagsanstalt: Leipzig. Druck- und Verlagsanstalt: Leipzig. Druck- und Verlagsanstalt: Leipzig.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Seite wird im Lichtbild des Hofmuseums eine Festsitzung anlässlich des 50. Jahrestages des Weltkongresses veranstaltet, zu der auch der Reichspräsident, der Reichstagspräsident, Mitglieder der Reichsregierung und der Regierungen der Länder sowie das Präsidium und Mitglieder des Reichstages ihr Erscheinen zugesagt haben.

Aus den Verhandlungen des Reichsbundes der Kinderreichen in Goslar ging hervor, daß die Bewegung vorwiegend Fortschritte macht. Zahlreiche Abgeordnete aller Parteien hatten eine Steuerreform zugunsten der Kinderreichen für das nächste Erreichbare. Der Bund will daher, ohne die übrigen Ziele außer Acht zu lassen, die Steuerreform nun mit besonderem Nachdruck betreiben.

Auch nach Aufhebung der Zollgrenze wird der Vollerwerb zwischen dem unbesetzten und dem besetzten Gebiet immer noch von der Verwaltungsbehörde überwacht. Die Behörden tun auf, dies im Verkehr mit dem besetzten Gebiet zu berücksichtigen und auch in verschlossenen Briefen und Paketen alle Neuhebungen zu unterlassen, durch die dem Empfänger im besetzten Gebiet Nachteile entstehen können.

Wie der „Tag“ erzählt, soll Professor Viktor Laich von der Pariser Universität in das neue Banner des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“, Ortsgruppe Potsdam, das am 19. Okt. im Lustgarten von Potsdam geweiht werden soll, einen Antrag stellen und bei der Festsitzung eine Rede halten.

Das Kabinett Herriot legte seine friedensfeindliche Politik mit einer Rede des Innenministers Chaumont in Paris fort. Die Bewegung der Klerikalen und Nationalisten ist außerordentlich groß. Herriot wird auf diesem Wege schließlich lange am Ruder bleiben.

Der ungarische Volksminister hat laut Mitteilungen die Auslieferung des angeblichen Bergbauers verweigert, da ein politisches Verbrechen vorliegt, auf die die Auslieferungsvereinbarungen grundsätzlich keine Anwendung finden.

Zwischen der deutschen Volkshilfe in Tokio und der japanischen Regierung ist nach einigen Verhandlungen ein Abkommen zustande gekommen, wodurch die Frage der Liquidation des deutschen Eigentums und die übrigen zwischen Deutschland und Japan stehenden Fragen aus Teil 10 des Versailler Vertrages endgültig geregelt werden. Es versteht sich, daß die deutschen Privatbesitzer in Japan insgesamt mehr als zwei Drittel des Wertes ihres liquidierten Privatvermögens zurück erhalten sollen.

Das Oberatorium in Petersburg hatte für den 23. Sept. ein Geleichen der Überlieferung um einen Peter den Großen. Die Besetzung der Überlieferungswahl wurde durch den Professor Kamentzow, Mitglied des Sowjets von Petersburg, verlangt im Regierungsorgan „Pravda“, daß dieser strafbare Irrtum der Willkür auf das Strengste bestraft wird.

Bei der Überlieferungs-Konferenz in Petersburg sind nach fünfständigen Reden 3000 Personen umgekommen.

Die Arbeitslosenfrage in England hat in der letzten Woche eine Zunahme von weiteren 18.516 Arbeitslosen erfahren und hat jetzt die Höhe von 1.198.000 erreicht.

Aus New York wird gemeldet, daß infolge des starken Rückgangs der industriellen Konjunktur es zuzunehmen in New York 300.000 arbeitslose Männer und Frauen gibt.

Die „Londoner Times“ vom 6. Okt. sagt in einem längeren Bericht über den Wahlkampf in dem Vereinigten Staaten: „Eine amerikanische Präsidentschaftswahl ist eine ungewöhnlich heftige Wahl. Es sind für sie 3 bis 6 Millionen Stimmen erforderlich, um die Wahl zu gewinnen. Die großen Wahlkreise sind nicht so recht anfällig für die Wahlstimmen als die kleineren. Die Wahlstimmen sind für die kleineren Wahlkreise zu gewinnen. Es ist für die kleineren Wahlkreise zu gewinnen. Es ist für die kleineren Wahlkreise zu gewinnen.“

In der New Yorker Wäsche notierten alle ausländischen Börsen infolge der Nachrichten von der bevorstehenden Auslieferung der deutschen Anleihe über. Man hat heute eine Überzeugung von der neuen Anleihe voraus.

Aus Shanghai werden heftige Kämpfe zwischen dem Armeen Wapufus und Tschangschins gemeldet.



Reichsminister des Innern und Reichsanwalt Dr. Jarres

wird in absehbarer Zeit zurücktreten und wiederum das Amt des Oberbürgermeisters von Duisburg übernehmen, das er vor der Abreise ausübte. Dr. Jarres wurde während des Ruhrkampfes von den Franzosen aus Duisburg ausgewiesen.

Regierung und Parteien.

Die Richtlinien des Reichskanzlers.

Die vom Reichskanzler den Fraktionen des Reichstages übermittelten Richtlinien lauten: 1. Die Verfassung vom 11. August 1919 wird als rechtsverbindliche Grundlage des staatlichen Lebens anerkannt. Jeder Versuch, ihre Abänderung auf ungesetzliche, insbesondere gewalttätige Weise herbeizuführen, wird demgemäß als Hochverrat zu verfolgen und zu bestrafen sein. 2. Die Richtung der Außenpolitik wird in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die auf Grund derselben erlassenen Reichsgesetze sind loyal auszuführen, ebenso wie die lokale Durchführung des Abkommens von untern Vertragsgegnern erwartet. Die Regierung wird es sich angelegen sein lassen, die Auswirkung der übernommenen Verpflichtungen aus sorgfältigster zu überwachen und die sich als notwendig erweisenden Änderungen zu erreichen. Die Aufnahme in den Völkerbund soll entsprechend der im deutschen Memorandum niedergelegten Auffassung eintreten werden. 3. Bei der Verteilung in Ausführung der bezeichnenden Geleise sollen die Maßstäbe der Wirtschaftsförderung und der sozialen Gerechtigkeit angewandt werden. Die bestehenden Finanzgeleise sollen nach diesen Gesichtspunkten durchgearbeitet werden. 4. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es betrachtet, die sozialen Leistungen dem Bedürfnis entsprechend zu steigern, sobald die finanzielle Lage des Reiches es irgendwie zuläßt. 5. Wirtschaftspolitik wird mögliche Steigerung der Produktion und des Ausmaßes der Arbeit angestrebt werden, um die internationale Kredit- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, wie sie insbesondere durch die Erfüllung der Reparationsverpflichtung unerlässlich ist. Ausgehend vom Grundsatz der wirtschaftlichen Freiheit werden staatliche Eingriffe nur insofern in Betracht kommen, als sie notwendig erscheinen, um eine wirtschaftliche Unterdrückung der Wirtschaftsfreiheit von anderer Seite abzuwehren. Bei Lösung der bevorstehenden außenpolitischen Aufgaben wird mit der Stärkung der inländischen Produktion gleichzeitig auf die mögliche Förderung der Ausfuhr auf dem Boden von Gegenseitigkeit und Wirtschaftsfreiheit und die tunlichste Schonung des Verbrauches hingearbeitet werden. Der Beschluß der Zentrumsfraktion. In der Zentrumsfraktion hielt Dr. Marx ein Referat, anschließend daran fand eine kurze Debatte statt. Dann wurde einstimmig folgende Entschließung gefaßt: „Die Zentrumsfraktion des Reichstages hält fest an ihrer Überzeugung, daß nur ein in innerer Einigkeit getriebenes Volk Deutschland retten, der durch die Annahme des Londoner Abkommens geschaffenen Gesamtpolitischen Lage gerecht werden und die aus auferlegten schweren Lasten unter tätiger Mitwirkung aller schaffenden Kreise der Arbeit und der Wirtschaft tragen kann. Auch das erste Ziel der vorliegenden vorläufigen Zielsetzung der besetzten Gebiete ist auf diesem Wege am besten zu erreichen. Die Zentrumsfraktion unterstützt daher nachdrücklich die auf dieser Grundanschauung beruhenden Bemühungen des Reichskanzlers Marx, die bestehende Koalition durch Hinzuwirken aller zu aufrichtiger Mitarbeit bereiten Parteien von rechts bis links zu verbreitern und dadurch eine feste und gestärkte Regierung zu schaffen. Die Zentrumsfraktion erwartet von der vorläufigen Einigung und der staatlichen Verantwortlichkeit aller zur Mitwirkung berufenen Parteien bestimmt, daß sie sich unter Zurückstellung jeglicher Parteinteressen zum Wiederaufbau des Vaterlandes anschließen.“

Die Haltung der Demokraten.

In der Fraktionsführung der Demokraten im Reichstag wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Fraktion der Deutsch-Demokratischen Partei hält die Forderung der Regierung in der jetzigen politischen Lage nicht für erwünscht. Die Lösung wichtiger Aufgaben, deren Bearbeitung von der Regierung einseitig ist, und das Bedürfnis von Volk und Wirtschaft nach ruhiger Weiterentwicklung erfordert, zur Zeit die Vermeidung einer Regierungserklärung. Sollte eine Milderung der Zusammenziehung der Regierung durch die Haltung anderer Fraktionen nicht möglich sein, dann werden wir nach rechts und links erweiterter Regierung unsere Unterstützung nicht verweigern.“

Die Stellung der Sozialdemokraten.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hält das Verhalten der Unterhändler bei ihren Verhandlungen mit dem Reichskanzler und Beschluß der Fraktion vorzuziehen, daß die von den Unterhändlern eingeschlagene Falschheit auf weiter verfolgt werden soll. Die Fraktion tritt, falls nicht die Volksgemeinschaft zustande kommt, für Auflösung des Reichstages ein und beklammert auf das energichste die Bildung eines Bürgerblatts. Das Gesamtergebnis der bisherigen Beratungen ist daher, daß vorläufig Aussicht auf eine Erweiterung der Regierung nach rechts wie links besteht. Für die Sozialdemokratie ist der Entschluß nicht leicht, da der Punkt 5 der Richtlinien des Reichskanzlers mit unüberwindlicher Deutlichkeit den Standpunkt der Privatwirtschaft im Gegensatz zur marxistischen Gemeinwirtschaft vertritt. Falls die Sozialdemokraten im Interesse ruhiger Entwicklung hier Zugeständnisse machen, ist nur zu wünschen, daß die Deutschnationalen

auch ihrerseits Entgegenkommen zeigen. Die Hauptfrage ist, daß unsere Politik in der durch das Londoner Abkommen geschaffenen schweren Lage überhaupt rechtlich weiterarbeiten kann.

All die Programmpunkte, die in fröhlichen Augenblicken so in den Vordergrund getreten sind, treten in der praktischen Arbeit erfahrungsmäßig zurück gegenüber der Notwendigkeit, mit den sich täglich bietenden Aufgaben fertig zu werden. Also keine unnötige Theoretikerei und bürokratische Scheinmaterie, sondern: An die Arbeit! Praktische Politik! Das ist es, was wir brauchen.

Links oder rechts? Regierungstrifft und Außenpolitik.

Unsere gegenwärtige Regierungstrifft nimmt mehr als jede vorhergehende in der gegenwärtigen Verhältnisse der außenpolitischen Ziele zusammen. Die Linke will Verständigung mit Frankreich die Rechte will Verständigung mit England oder doch eine abwartende Haltung, die die Möglichkeit der Verständigung mit England offen läßt. Mit dem Meinungsgegenstand ist zugleich das Grundproblem unserer Außenpolitik und der Weltpolitik geknüpft. Die Welt ist heute in zwei große Parteien zerfallen, auf der einen Seite England-Amerika auf der anderen Seite der sich anbahnende Block Europa-Rußland und nächst enger gefaßt: Frankreich-Australien-Japan.

England ist noch immer völlig außerstande, es auf einen Besuch mit Frankreich ankommen zu lassen.

Denn Frankreich kann die englischen Anleihen mit weitgehenden Gehältern und riesigen Bombardieren und mit 12-Schoten leicht abdecken während es gleichzeitig seine gegen die englischen Anleihen nicht benötigte Landmacht von Nordamerika aus gegen Gibraltar einleihen kann - wodurch die englische Flottenflotte abgebaut und schmelzt - und gegen Ägypten mit dem Sueskanal, gegen Japan das gesamte englische Kolonialgebiet in Afrika, von Tansania aus kann Frankreich, zumal im Verbund mit Japan, die Araber beherrschen, die Indiens und Ostiens unterliegen. Dagegen kann England, wenn der Sueskanal gesperrt ist, Indiens Ostien und dem Indischen Ozean aus ganz Afrika heraus nicht genügend unterstützen, besonders wenn Frankreich gleichzeitig die britischen Anleihen bezieht und blockiert.

Ich will keineswegs behaupten, daß Frankreich in diesem Kriege gegen Japan, das immer weiter wächst, als es ist, eine ungewisse, verurteilte Bedrohung des englischen Mutterlandes und seiner wichtigsten Kolonien, das keine englische Regierung es verurteilen könnte, das Land in diesen Kriege zu ziehen.

Das ist auch der Schlüssel zu der schwachen immer wieder nachgiebigen Haltung Englands wie die Londoner Konferenz erneut gezeigt hat.

Genau dieser Gefahr auf Leben und Tod wendet England die einzig vernünftige Politik des „wait and see“, des Singsiegens an, was eine einstige Fabius Camellator, der mit seiner Politik, dem Genauer keine Gelegenheit zu weiteren Anleihen zu erreichen, sich selbst rettete.

Englands ganze Anstrengung und Hauptmaßnahme muß darauf gerichtet sein, die Franzosen nicht zum Sozialisten kommen zu lassen. Daher der Demagogie, die die Sozialisten in Frankreich, daher die Genier Weltfriedensbewegungen, daher die Militärkontrolle Deutschlands durch den Völkerbund (die vom englischen Standpunkt gesehen, das Zwickel ist, was Frankreich machen konnte, was die deutsche Entmachtung und Überwachung den Franzosen jeden Vormund für das halten eines riesigen Landheeres und für ein Sozialisten gegen Deutschland nimmt).

Die gleiche Politik des Singsiegens muß Englands Verbündeter, Amerika, treiben. Denn was amerikanische Volk ist einwillig heilig nach demessen, was Krieg eingestellt, so das ein Krieg mit den durch und durch militarischen 80 Millionen Japanern ohne Überzahlungen erleben könnte.

Angleich gibt die härtere Wirtschaftskraft des englisch-amerikanischen Blocks die Aussicht wirtschaftlich und finanziell allmählich ein derartiges Überwachungs über jene unter den Militärführern liegenden Genier Frankreich und Japan zu erreichen, das die Wirtschaftsmacht des Schlagen gar nicht mehr in der Lage sind, und sich ihre Beere mangels Betätigungsmöglichkeit und unter dem Einfluß einer passivistischen Propaganda, zu der im Interesse der englischen Politik sich wie im Weltkrieg ein Vordurchschnitt und das nötige Geld finden wird, unauflöslich innerlich schließen.

Die deutsche Außenpolitik muß zweierlei beachten: der große Kontinentalblock Frankreich-Australien-Japan kann unter ihrer Politik niemals das liefern, was wir unbedingt brauchen: Baumwolle, Wolle, Kupfer usw. Bei einer Wirtschaftskrise durch England-Amerika wären wir verloren. Das drängt und zwingt uns zur Verständigung mit diesen untern Hauptlieferanten. Andererseits wird ein erkennbares Bündnis Englands mit Deutschland für jeden auch nur einmalmaligen Karlehenen französischen Politiker die Notwendigkeit sofortigen Positionens bedeuten. Denn die 110-120 Millionen Deutsche

